

Maulkorb für Parlament

Abstimmung und Debatte über TTIP verschoben. Mehrheit der Europaabgeordneten verordnet sich Diskussionsverbot zum Thema »Freihandel«

Klaus Fischer

Von Brüssel nach Strasbourg und zurück: Nicht nur die Abgeordneten des Europäischen Parlaments hatten sich am Mittwoch früh in der französischen »Europastadt« eingefunden, um über das »Freihandelsabkommen« der EU mit den USA zu debattieren. Auch Handelskommissarin Cecilia Malmström war da – und durfte unverrichteter Dinge wieder abreisen. Grund: Parlamentspräsident Martin Schulz hatte am Abend vor der Abstimmung zur Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP) entschieden, dass diese nicht stattfindet. Und weil das an parlamentarischer Selbstverstümmelung nicht genug war, verordnete sich das Plenum am Mittwoch morgen auch noch einen Maulkorb: Mit 183 zu 181 Stimmen votierten die Volksvertreter dafür, auf eine Debatte zum Thema (vorläufig) zu verzichten.

Nach der Auszählung war die Stimmung im Plenum nicht gut. Es wurde laut, die Emotionen kochten hoch, Empörung und Empörung wegen der Empörung prallten akustisch aufeinander. Verständlich, 181 Abgeordnete – der Linken, der Grünen und der EFDD (rechte Euro-Kritiker) fühlten sich verschaukelt, an der Ausübung ihres Mandats gehindert. 183 Abstimmungs- und Diskussionsgegner aus den Reihen der Konservativen, der Liberalen und von Rechtsparteien taten indes so, als hätten sie gerade einen Meilenstein für Europas Demokratie gesetzt.

Parlamentsvorsteher Schulz hatte seine Gründe, als er den Stein anstieß. Als Argument für seine Entscheidung zur Vertagung der Abstimmung führte er die hohe Zahl von Änderungsanträgen an. Zuletzt lagen offiziellen Zahlen zufolge mehr als 200 vor.

Doch nach Auffassung vieler Abgeordneter und Beobachter war das vorgeschoben. Schulz wolle verhindern, dass sich die »große Koalition« aus Europäischer Volkspartei und Sozialdemokraten eine Abstimmungsniederlage einfängt, so der Tenor. Beide großen politischen Gruppen hatten sich unter Federführung des Vorsitzenden des Handelsausschusses, Bernd Lange (SPD), auf einen Kompromiss geeinigt. Der betraf vor allem die geplante Implementierung von privaten Schiedsgerichten. Diese sollen im Rahmen der »Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft« dafür sorgen, dass die Interessen von Investoren »geschützt« werden. Praktisch geht es darum, dass Kapitaleigner und Kapitalfunktionäre (Konzernmanager etc.) Staaten verklagen können, sollten diese Gesetze erlassen, die dem im TTIP-Verhandlungskontext weitgefassten Freihandelsbegriff zuwiderlaufen. Eine Profitgarantieklausel, die durch den Lange-Vorschlag modifiziert, aber nicht beseitigt wurde.

Der Kompromiss war zuletzt auch innerhalb der Sozialdemokratischen Fraktion in die Kritik geraten. Nicht zuletzt eine Flut von Beschwerden der Wählerbasis hatten zahlreiche Parlamentarier dazu gebracht, ihre Position zu überdenken – und zu korrigieren. Am Dienstag hatte vieles darauf hingedeutet, dass eine Mehrheit im Parlament gegen die Vorlage des Handelsausschusses stimmen würde. Das, so die Kritiker, sei der wahre Grund für die Entscheidung des Herrn Schulz gewesen.

Der Abgeordnete Fabio De Masi (Die Linke) hat da keinen Zweifel: Wäre der Kompromiss abgelehnt worden, »wäre die Botschaft klar: Selbst das Europäische Parlament will kein ISDS«, sagte er zu *jW*. Und die Kampagnenkoordinatorin bei der Bewegung Campact, Maritta Strasser, sagte dieser Zeitung: »Das ist ein starker Beleg dafür, dass die Zustimmung zu TTIP im Europaparlament bröckelt«.

Siehe auch Interview Seite 2 und Kommentar Seite 8

<http://www.jungewelt.de/2015/06-11/035.php>